

Parteilgruppe noch gar nicht auf der politischen Bild-
fläche als Partei erschienen war. (Sehr richtig! b. d.
Soz.) Wer weiß, was Sie gemacht hätten, wenn Sie
in der Nationalversammlung mitgelesen hätten. Sie
haben Ihre politische Tätigkeit in der damaligen Zeit
vorerst so erfolgreich ausgeübt, daß Sie an manchen
Orten die Wahlurnen beseitigt haben. (Heiterkeit b. d.
Soz.) Das sind Dinge, mit denen man sich nicht hin-
stellen und in denen man nicht herumtamen kann in
dem Glauben, daß man damit eine Partei wie die
sozialdemokratische totschlagen kann.

Wir stehen jetzt mitten in den Etatberatungen. Etat-
beratungen sind immer Zeiten, in denen reaktionäre
Regierungen Geschenke auszuverteilen beliebigen, und wir
haben auch im diesmaligen Etat zwei große Geschenke,
die die Regierung auf den Tisch des Hauses niederlegt.
Das eine Geschenk wendet sich an die geliebten Haus-
besitzer (Heiterkeit b. d. Soz.), das ist die Legalisierung
der Stundungsverordnung, die uns die Kleinigkeit von
7 1/2 Millionen und dann noch 2 1/2 Millionen Steuer-
ertrag bringt. Das zweite Geschenk, aus dem heraus
vielleicht die freundlichen Töne des Finanzministers
Weber bei der Etatberatung verströmt, ist das Geschenk,
das man der Kirche mit der Vorlage Nr. 73 machen
will, und dieses Geschenk ist ein doppeltes. Das Ge-
schenk ist zunächst einmal ein finanzielles, das gibt man
mit der Vorlage Nr. 73, und das Geschenk ist mit der
Vorlage Nr. 74 auch ein machtpolitisches; da gibt man
der Kirche wieder einen gewissen Einfluß auf den Staats-
apparat und was dergleichen Dinge mehr sind.

Ich bin außerordentlich gespannt, ob die Regierung
diese Gebefreudigkeit auch anderen Kulturinstitutionen
gegenüber bewahren wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir
werden in aller kürzester Zeit, wahrscheinlich morgen
schon, Gelegenheit haben, ein sehr wichtiges Kapitel
der Volksschule zu behandeln, und ich will hoffen, daß
die Gebefreudigkeit der Regierung noch 24 Stunden
anhält. (Sehr richtig! b. d. Soz.) und uns eine Sache
gewährt, die nicht erst legalisiert zu werden braucht,
sondern schon ein Gesetz ist. Ich habe allerdings bei
der Kenntnis von der inneren Verfassung dieser Re-
gierung und dieser Mehrheit so ganz gelinde Zweifel,
vor allen Dingen, wenn ich mir überlege, daß die Regierung
sich z. B. weigert, die wenigen Mark für die Pensions-
kosten der Handarbeitslehrerinnen, die in Lit. 14 eingelegt
sind, zu zahlen, während sie hier für die Ruhegehalts-
bedürfnisse der Geistlichkeit die 4 Millionen mit Leichtig-
keit auf den Tisch legt und dann auch noch feststellen
läßt: eigentlich sind wir furchtbar anständig gewesen, daß
wir bloß 4 Millionen genommen haben. Dabei vergißt
die Regierung und auch Herr Widmann, daß, soweit ich
wenigstens unterrichtet bin, es in dem einen Gerichts-
urteil heißt, daß die Auseinandersetzung zwischen Kirche
und Staat nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit getroffen
werden kann. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und nun überlegen
Sie sich bitte einmal, wie man die finanzielle Leistungs-
fähigkeit unseres sächsischen Staates bauern von Re-
gierungsseite aus hier einschätzt. Da komme ich auf den
allerwichtigsten Punkt. Wenn es schon von unserem
Standpunkt aus nicht richtig ist, daß man in den zurück-
liegenden Jahren der Kirche soviel gegeben hat, so ist es
gegenwärtig einfach unverantwortlich, der Kirche 1 Mill. M.
mehr an laufenden Mitteln im Jahre zu geben und außer-
dem noch die 2 Millionen einmalige Abfindung. Ich habe
das einfach unverantwortlich genannt und muß natürlich
auch den Beweis dafür antreten.

Wir haben erlebt, daß die 50 000 M., die man für
die soziale Gerichtshilfe beantragt hatte, abgelehnt hat.
(Zuruf b. d. Soz.: Skandal!) Die Million kann man
selbstverständlich in Ruhe geben, wenn man die 50 000 M.
gepart hat. Wir haben erleben müssen, daß man die
Winterbeihilfe abgelehnt hat. Wir haben erleben müssen,
daß man sich in der Frage der Schulkinderspeisung ab-
lehnd verhalten hat, und ich will nicht alle die Dinge
wieder aufzählen, die bei der Beratung des Etats in
gleicher Weise von unseren Etatrednern bereits charak-
terisiert worden sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber das
eine gilt es festzuhalten: In einer Zeit, in der die Er-
werbslosigkeit noch Hunderttausende in unserem Lande
in ihren Bann zieht, in einer Zeit, in der man um die
Lösung des Wohnungsproblems in einer geradezu un-
erhörten Weise ringen muß, ist es eben unverantwortlich,

in der Weise mit den Millionen des Staates zu wirt-
schaften, wie es durch die Vorlage Nr. 73 geschieht.
(Sehr wahr! b. d. Soz.)

Und dazu kommt folgendes, daß man gerade diese
Notleidenden doch indirekt mit heranzieht, diese Milli-
onen zu bezahlen. Denn man gibt doch das Geschenk
der Kirche aus allgemeinen Staatsmitteln, und Staats-
mittel sind immer Steuermittel, und zu diesen Steuer-
mitteln haben die Erwerbslosen, die heute draußen auf
der Straße liegen, haben die Leute, die keine anständige
Wohnung haben, mit beitragen müssen durch ihren
Steuerbeitrag, den sie irgendwie leisten. Da kennt man
auf einmal die Leute, da besinnt man sich auf sie, aber
auf der anderen Seite kennt man sie wieder nicht. Der
§ 22 der Vorlage Nr. 74 bestimmt, daß z. B. ein aus
der Kirche Ausgetretener bei irgendwelchen Kosten, die
entstehen, z. B. bei Begräbnissen, die Hälfte mehr bezahlen
darf. Durch seine Steuermittel darf er mit dazu bei-
tragen, daß der Staat die Kirche finanziert. Wenn ihm
aber das menschliche Geschick zuteil wird, daß er auch
einmal stirbt, dann dürfen seine Angehörigen noch
50 Proz. an Kosten mehr bezahlen als die Leute, die
sich die Steuerkraft des Verstorbenen, ihre Mittel vom
Staate haben bewilligen lassen.

Dann möchte ich in diesem Zusammenhange noch
auf zwei Punkte hinweisen. Gerade die Herren von
der Wirtschaftspartei sind die berufenen Stahlgüter des
Begriffes Sparsamkeit, und vor allen Dingen operieren
sie immer mit dem Begriff: Wir dürfen nur Ausgaben
tätigen, die sich in irgendeiner Weise wieder produktiv
in der Volkswirtschaft auswirken. Ich bin begierig darauf,
die Antwort zu hören, inwiefern sie die Produktivität
dieser Ausgabe begründen. Sie werden die Produktivität
dieser Ausgabe lediglich mit einer allgemein gehaltenen
Erklärung nachweisen können, die darin besteht, daß eben
die ideologische Unterstützung der Kirche für ihr ganzes
kapitalistisches Wirtschaftssystem eine außerordentlich not-
wendige Unterstützung darstellt und insoweit für sie
natürlich auch produktiv wirkt. Diesem Gedankengang
muß ich mich selbstverständlich anschließen, weil er auf
Grund meiner historischen Kenntnisse allerdings auch sehr
richtig ist.

Weiter sind die Rechtsbestimmungen, auf die
man sich in der Vorlage Nr. 73 stützt, doch sehr eigen-
tümlicher Art. Ich habe im Verlaufe der heutigen Dis-
kussion eigentlich noch nicht allzuviel davon gehört, und
ich will nur in aller Kürze darauf hinweisen. So beruft
man sich unter anderem bei den sogenannten rechtlichen
Verpflichtungen, die der Staat habe, auf einen General-
artikel vom Jahre 1680. (Lachen b. d. Soz.) Das liegt
also noch nicht allzuweit zurück. (Erneutes Lachen b. d.
Soz.) Dann bringt man den Begriff des Gewohnheits-
rechts mit herein. Es wäre sehr gut, wenn man diesen
Begriff in anderer Hinsicht einmal gebrauchen würde.
Das Allerkürzeste aber ist, was auf der Seite 8 ver-
zeichnet steht. Da heißt es:

Es handelt sich hier um eine königliche Zusicherung,
die auf Grund von Abs. 5 des Landtagsabschiedes vom
4. September 1831 ebenso verbindlich ist, als ob sie
in der Verfassungsurkunde selbst aufgenommen worden
wäre.

Ein sehr zweifelhaftes Kompliment für die Regierung
heißt, die im Jahre 1929 eine königliche Versicherung
aus dem Jahre 1831 als rechtsverbindlich für ihre
republikanische Regierung ansieht. Wenn man sieht,
auf welche mittelalterliche Rechtsbestimmungen man sich
hier beruft, dann kann man sagen, daß damit der Geist
dieser Vorlage glänzend charakterisiert ist. Es ist eben
der Geist des Mittelalters.

Nun muß man allerdings die Frage noch in einen
anderen Zusammenhang hineinstellen. Der Papst hat
im Jahre 1922 eine berühmte Bulle erlassen. In dieser
Bulle stellt der Papst fest:

Dazu (zu all den Maßnahmen, um das kirchliche
Leben wieder zu heben) gehören insgesamt alle die-
jenigen Einrichtungen, Beratungen und Unter-
nehmungen, die unter dem Namen der katholischen
Bewegung, die uns sehr willkommen ist, zusammenge-
faßt werden.

Seit diesem Jahre gibt es den Begriff der sogenannten
katholischen Aktion in der Weltgeschichte. Aber es gibt

nicht nur eine katholische Aktion, sondern die katholische
Aktion hat sich mittlerweile zu einer allgemeinen kirchlichen
Aktion ausgewachsen. Es ist sehr leicht nachzuweisen, daß
die evangelisch-lutherische Kirche der katholischen auch nicht
im geringsten nachsteht. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.)
Ich will nur daran erinnern, daß die Konfessions-
bestrebungen heute in der evangelischen Kirche genau so
stark vertreten werden wie in der katholischen Kirche.
Ich will ferner darauf hinweisen, daß in Bayern, in
dem Lande, in dem bekanntlich heutzutage so beinahe alles
möglich ist, von katholisch-kerikalen Kreisen der Gedanke
geduldet worden ist. Ja, so geht das überhaupt nicht
weiter, wir müssen Steuern zahlen für die allgemeine
Staatsschule und sind doch Anhänger der Kirche! Drehen
wir doch einmal den Spieß um, angewendet auf
unsere Verhältnisse müßte man da sagen: Ja, so geht
doch die Sache nicht weiter, das ist doch ein unethischer
Zustand, wir sind Freidenker, aus der Kirche ausge-
treten und müssen mit unseren Steuern dazu beitragen,
daß man die Kirche unterhält! Was in dem einen Falle
recht ist, muß doch in dem anderen Falle billig sein.

Ich könnte in diesem Zusammenhange auch an ein
Ereignis unserer allernächsten Nachbarschaft erinnern.
Der Bischof von Meissen hat sich in die Reihe der
Kirchenbriefer verschickenden Bischöfe eingegliedert und
hat unter anderem einen Kirchenbrief verschickt, in dem
er sich gegen die Begriffe des Liberalismus und des
Materialismus ganz entschieden wendet. Der Bischof
von Meissen bezeichnet den Materialismus in seinem
Kirchenbriefe als etwas Sächliches, Gefährliches und über-
haupt für die Volkseele entsetzlich Verwünschendes. Was
ist denn eigentlich Materialismus? Ist das nicht auch
Materialismus, wenn man sich mit der Kleinigkeit von
6 460 000 M. pro Jahr laufender Unterstützung begnügt,
und dann kommen noch die 60 000 M. für die Katholiken
dazu und die 2 Millionen einmalige Abfindung? Das ist
doch der nackte Materialismus. Das ist doch das, was
wir bekämpfen. (Sehr gut! und Sehr richtig b. d. Soz.)
Da haben Sie die glänzendsten Beweise dafür, daß
man sich mit solchen eigenen Mitteln sehr leicht schlagen
kann, wenn man so ungeachtet operiert wie der Bischof
von Meissen.

Es ist in diesem Zusammenhange auch schon fest-
gestellt worden, wie die allgemeine politische Verbindung
zwischen Kirche und Reaktion in den letzten Erscheinungen
Italiens ganz augenfällig zur Tatsache geworden ist.
Aber wir brauchen ja nicht so weit zu gehen. Sehen
Sie sich unsere Verhältnisse an! Wer schlägt schwarz-
weiß-rot, wenn die Patentkreuzler aufmarchieren? Wer
segnet die Patentkreuzlerfahren? Wer marschiert unter
diesen Fahnen hinter den Krappen von Maschinen-
gewehren mit hinaus zu irgendwelchen Feldbienen?
Das sind immer unsere Geislichen, wenn auch nicht
alle, aber es sind immer welche dabei. Wenn sie wirk-
lich so eingestellt wären, wie Herr Kollege Siebert
in diesem Falle gesagt hat, daß sie keine absoluten Gegner
der Staatsform wären, dann sollten sie endlich einmal
den klaren und trennenden Schnitt zu allen solchen
Organisationen ziehen und die Dinge lassen, die der Kirche
immer und immer wieder das Zeugnis einer Stütze
der Reaktion erneuern.

So zeigen diese beiden Vorlagen Nr. 73 und 74,
eingebracht in der gegenwärtigen Situation, eine große
historische Erkenntnis aufs neue: mit dem Erstarken
der Reaktion wächst stets der Anspruch der Kirchen!
(Sehr gut! b. d. Soz.) 1918 waren sie einmal eine
keine Zeitlang anständig gewesen, aber nachdem die
Jahre 1923 und 1924 über uns dahingegangen sind,
haben sie mit dem Wiederaufwachen der nationalistischen
Bewegung auch auf einmal die Renaissance des so-
genannten christlichen Geistes empfunden. Die dem
Geiste stellen wir uns als Sozialdemokraten mit aller
Entschiedenheit entgegen. Im Ausschusse werden wir
uns bei der Beratung dieser grundsätzlichen Einstellung
entsprechend verhalten. (Bravo! und Händeklatschen
b. d. Soz.)

Damit ist die Aussprache geschlossen.
Die Vorlagen Nr. 73 und 74 und die Drucksache
Nr. 1089 werden dem Rechtsausschusse überwiesen.

(Schluß der Sitzung 18 Uhr 52 Minuten.)